

Danziger Zeitung.



Nr. 16875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inseratokosten für die sieben-gepflastete Zeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. Januar.

Der Coburger muss fort!

Das ist die erste Forderung, die Russland stellt, nachdem es, von allen Seiten gedrängt, sich endlich einmal dazu verstehen zu wollen scheint, zu sagen, was es nun eigentlich will. In einem Petersburger Bericht der offiziösen „Pol. Corresp.“ wird in besonders markanter Weise darauf hingewiesen, wie die russischen Truppen-Concentrungen die Folge einer Spannung gewesen seien, deren Ursprung in Bulgarien liege, dass Russland Anstoß nehme an der gegenwärtigen Lage der dortigen Dinge, dass aber der jetzige Zeitpunkt zur Einleitung einer versöhnlichen Action günstig sei einer Action, deren Hauptförderer die Befreiung des Coburgers sei. Es heißt in der beachtenswerten Anekdote:

„Es liegen denn auch gewisse Anhaltspunkte für die Annahme vor, dass das Cabinet von St. Petersburg, wenn man seiner Hauptsforderung durch die Beleidigung des Prinzen von Coburg Rechnung trüge, sich begütigt der anderen Punkte der Lösung viel zugänglicher als ehedem erweise würde, da auch Russland die Lösung zu lebhaft herbeiwünscht, als dass es nicht zur Erleichterung dieses Werkes sein Möglichstes ausspielen sollte. Ist einmal die bulgarische Frage durch die erwähnte Maßregel auf den Boden der Gesetzlichkeit zurückgeführt, so würde es sich als eine viel leichtere Aufgabe darstellen, zwischen den Mächten einen modus vivendi herzustellen, der mit der Würde und den Interessen Russlands im Einklang stände, ohne dabei dieser Macht in Bulgarien eine Stellung zu verleihen, welche die anderen Staaten zu beunruhigen geeignet wäre.“

Zu der dargelegten Annahme über die gegenwärtig in den russischen Regierungskreisen herrschenden Auffassungen berechtigt unter anderem die Thatfrage, dass man in diesen Kreisen, wenn auch in unbestimmter, vager Form, die eventuelle Bildung einer aus den berufenen Vertretern der verschiedenen Parteien in Bulgarien zusammengesetzten Regierung für die Verwaltung des Landes — selbstverständlich nach erfolgtem Abgang des Prinzen von Coburg — zu erörtern beginnt. Einer derartigen Regierung würde natürlich nur ein provisorischer Charakter kommen, da sich die Notwendigkeit ergeben wird, die Fürstenfrage aufzuwerfen; das Provisorium hätte aber mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten dieser Frage immerhin Aussichten auf eine ziemlich lange Dauer, und jedenfalls hätte man sich damit der Wiederherstellung einer normalen Lage genähert. Es wird sogar in unterrichteten Kreisen angekündigt, dass die russische Regierung, gleichsam um die erwähnte Wendung anzubahnern, geneigt wäre, einen neuen diplomatischen Vertreter, möglicherweise in der Person des ehemaligen bulgarischen Kriegsministers, Fürsten Cantacuzene, nach Sofia zu entsenden, ohne dass demselben irgendwie ein ähnlicher Charakter wie der eines Commissärs beigelegt würde. In Petersburg hegt man die Überzeugung, dass aller Widerstand, welchem die Ansprüche Russlands in Bulgarien begegnen, die Ermuthigung hauptsächlich, wenn schon nicht aus directen Antrieben seitens gewisser Cabine, so doch aus der zweideutigen Haltung der letzteren schöpft. Dieser Widerstand, so glaubt man fest, wäre mit dem Augenblick gebrochen, wo man in Sofia wahrnehme, dass die Mächte in der Erkenntnis der Notwendigkeit, auf die Wiederherstellung des Berliner Vertrages nicht nur mit Worten, sondern durch ernste diplomatische Akte hinzuarbeiten, aufrechtig übereinstimmen.

Man sieht heraus, dass man in Russlands leitenden Kreisen noch immer nicht begreifen kann, dass ein Volk wie die Bulgaren auch frei und unbeschränkt von „Antrieben“ äußerer Mächte schalten und walten und über seine Geschicke selbst entscheiden will. Die Bulgaren wollen unabkömmling sein und bleiben; die Russen wollen ihr Autonoregiment in den Grenzen des jungen, in kräftiger Regelmäßigkeit sich selbstständig entwickelnden Staatswesens wieder etablieren und herrschen. Das ist und bleibt des Pudels Kern.

In der genannten Auseinandersetzung wird des weiteren gesagt, dass Russland auch noch die Forderung stellt, die anderen Mächte müssten „ihrerseits die Initiative ergreifen, indem sie sich über Mittel und Wege zur Befriedigung Russlands verständigen“. Man verlangt also von den Mächten fürs erste eine Action zur Befreiung des Coburgers. Wenn nun aber der kleine Ferdinand einer Aufforderung der Großen, sich zu trollen, nicht Folge giebt oder die Bulgaren den Fürsten, den sie nun einmal gewählt und dem sie Treue geschworen haben, nicht ziehen lassen?

Die Pforte ihrerseits bedankt sich bestens für den eventuellen Auftrag eines Einschreitens. Ein gut unterrichteter Diplomat sagte letzter Tage, dass die türkische Regierung sondirt worden sei über eine Befreiung Ost-Rumeliens, aber geantwortet habe: „Wir werden unter keinen Umständen intervenieren, selbst wenn alle sechs Großmächte uns das Mandat ertheilen würden.“ Die Türken würden in der That Selbstmörder sein, wenn sie sich herbeiließen, für die Russen die Rastanien aus dem bulgarischen Feuer zu holen.

Die Erleichterung der Volkschullasten.

Der dem preußischen Abgeordnetenhaus gestern durch den Finanzminister v. Scholz überreichte Gesetzentwurf, betreffend die Erleichterung der Volkschullasten, entspricht in der Thatfrage den schon gemachten Mitteilungen, wonach von dem Einkommen der alleinstehenden sowie ersten Lehrer 400 Mk. von dem der anderen ordentlichen Lehrern 200 Mk. und von dem der Hilfslehrer und Lehrerinnen 100 Mk. jährlich auf die Staatskasse übernommen werden und dafür die Erhebung des Schulgeldes in den Volksschulen

nicht mehr stattfinden soll. Hierbei gelangen nur vollbeschäftigte Lehrkräfte zur Berechnung. Darüber, ob eine Lehrkraft voll beschäftigt ist, entscheidet ausschließlich die Schulaufsichtsbehörde. Das Gesetz enthält außerdem noch einige weniger ins Gewicht fallende Vorschriften, aus denen wir hervorheben wollen, dass das Recht auf den Bezug des Staatsbeitrags ruht, insoweit und so lange die Kosten der Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen durch eigene Einkünfte der Schule aus vorhandenen, zur Dotiration der Schulstellen bestimmten Vermögen (Schul-, Kirchen-, Stiftungsvermögen u. s. w.) oder durch Leistungen, zu welchen Dritte aus besonderen Rechtstiteln verpflichtet sind, Deckung finden. Für die Dauer der Erledigung einer Schulstelle ist der auf dieselbe berechnete Staatsbeitrag vom Ablauf desjenigen Monats ab, in welchem die Stelle erledigt worden, nur in so weit zu leisten, als durch die einstweilige Verwaltung der Stelle oder durch die Gewährung der Gnadenkompetenz an die hinterbliebenen des früheren Inhabers der Stelle besondere Kosten entstehen. Durch die Vorchrift der Aufhebung des Schulgeldes in den Volksschulen wird die Erhebung desselben für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schulen nicht einheimisch sind, nicht ausgeschlossen. Weiteres das Schulgeld als ein seiner Natur nach steigendes und fallendes persönliches Dienstesmoment des Lehrers einen Theil des Dienstekommens desselben gebildet hat, ist dem Lehrer der durchschnittliche Betrag des Schulgeldes während der letzten drei Staatsjahre vor dem Staatsjahr, in welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, als Theil seines baaren Gehaltes zu gewähren.

Das Socialistengesetz und seine Chancen.

Während der Reichstag die Etats der Marine und des Reichsstaates des Innern mit mehr oder weniger Theilnahme erledigte, stand die neue Socialistengesetzesvorlage, welche indessen schwerlich vor Beginn der nächsten Woche auf die Tagesordnung kommen soll, im Vordergrund der parlamentarischen Erörterungen. Das offizielle Bekanntwerden der Vorlage hat den ungünstigen Eindruck, den die früheren Meldungen in der Presse hervorgerufen hatten, noch erheblich verschärft. Am peinlichsten aber berührt, dass die Begründung einen ernstlichen Versuch, die Zulässigkeit einer Ausweisung aus dem Reichsgesetz — darauf kommt ja die Entziehung des Staatsbürgersrechts thatsächlich heraus — nachzuweisen, überhaupt nicht macht. Nachgerade wird auch mit großer Bestimmtheit in Abrede gestellt, dass in der Zeit seit der Beschlussfassung des Plenums des Bundesrats die Motive irgendwie erhebliche Abänderung erfahren hätten. Offenbar hat man die Veröffentlichung der Vorlage bis zu dem Augenblick hinausgeschoben, wo der Reichstag wieder hier versammelt sein werde. Ueber die Erwägungen, welche einer solchen Veränderung zu Grunde liegen, lassen sich nur Vermuthungen aussprechen. Anscheinend sollte verhindert werden, dass die Abgeordneten während der Ferien sich ihren Wählern gegenüber in einer der Vorlage ungünstigen Richtung engagierten. Ob das Ziel dieses Verfahrens erreicht werden wird, bleibt abzuwarten.

Die Begründung der Vorlage aber ist, so bedenklich sie auch sonst erscheinen mag, tatsächlich nicht ungeeignet. Es wird da rückhaltlos erklärt, das Fortbestehen der Mängel, welche durch die Abänderungsvorschläge beseitigt werden sollen, würde geeignet sein, den heilsamen Erfolg des Socialistengesetzes überhaupt in Frage zu stellen. Diesen aber, die einmal auf dem Standpunkt stehen, dass die Bekämpfung der sozialdemokratischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bewegung ohne Ausnahmemaßregeln nicht möglich sei, wird die Vorlage vor die peinliche Wahlstellen, entweder das Gesetz ganz aufzuheben oder die vorgeschlagene „Verbesserung“ der Kampfmittel zugestehen. Minister v. Puttkamer wird gewiss nicht versuchen, zu erklären, dass er nach Ablehnung der beantragten Veränderungen eine Verantwortlichkeit für die Eindämmung der sozialdemokratischen Bewegung nicht übernehmen könne. Nach der ganzen Deonomie des Gesetzentwurfs fällt das Hauptgewicht gerade auf die Expatriierung, so dass durch eine Ablehnung dieser einen Bestimmung der Rest der Vorlage fast bedeutungslos erscheint. Richtig ist allerdings, dass der eigentliche Zweck, die Führer und Agitatoren unfähig zu machen, nahezu ebenso gut durch die Internierung, d. h. durch die Verweisung der Befreienden an einen bestimmten Ort erreicht werden kann; immerhin aber würden in diesem Falle die in Rede stehenden Personen ihrer Mandate zum Reichstage u. s. w. nicht verlustig gehen, was doch als die uneingesandte Absicht der Vorlage angesehen wird.

Bei dieser Sachlage ist es kaum wahrscheinlich, dass sich im Reichstage eine Mehrheit findet, welche durch Ablehnung dieser Vorlage dem preußischen Minister des Innern ein ziemlich unvorteilhaftes Misstrauen zu ertheilen gewillt ist. Von sozialdemokratischer Seite werden für die Beratung des Gesetzentwurfs im Reichstage die überraschendsten Enthüllungen über die Leistungen der Polizei, namentlich über die Angelegenheit der von den Schweißbehörden verhafteten beiden angeblich preußischen Polizeiagenten, die sich im Besitz einer Kiste Dynamit befunden haben sollen, in Aussicht gestellt. Bei der im sozialdemokratischen Lager herrschenden Aufregung über die in der That geradezu unerhörten Forderungen dieser neuen Vorlage wird die Verhandlung im Reichstage ohne Zweifel eine sehr gereizte werden.

Zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen

aller Bekennnisse wird im Kap. 124 Tit. 5 des Etats des Cultusministeriums eine Summe von 4 Mill. Mk. d. h. 744 387 Mk. mehr als im laufenden Jahre ausgeworfen. Dazu wird vermerkt: „Dieser Fond ist nach Erfüllung der auf demselben ruhenden rechtlichen Verpflichtungen zunächst dazu bestimmt, das Jahreseinkommen der bereits 5 Jahre im Dienst befindlichen Geistlichen in evangelischen Pfarrreien auf 2400 Mk. und in katholischen Pfarrreien auf 1800 Mk. zu erhöhen. Aus dem Überschuss können Alterszulagen zur Erhöhung des Jahreseinkommens der evangelischen Geistlichen bis auf 3600 Mk. und der katholischen Geistlichen bis auf 2400 Mk., sowie Unterstützungen gewährt werden... Der Erlaß des § 54 des Civilstandsgesetzes vom 9. März 1874 vorgenommenen Gesetzen über die Entschädigung derjenigen Geistlichen und Kirchendiener, welche nachweislich in Folge der Einführung der Personenstandsregister einen Aufschwung in ihrem Einkommen erleiden, hat sich als unausführbar erwiesen. Es ist daher in Aussicht genommen, die auf kirchlicher Seite entstandenen Nachtheile durch eine planmäßige Erhöhung der Gehälter der Geistlichen auszugleichen und demgemäß in Bezug auf die bisherigen Alterszulagen neue günstigere Bestimmungen zu treffen. Zu diesem Zweck ist der Fonds auf 4 Mill. Mk. erhöht und die bisher getrennt gehaltenen Theile derselben sind vereinigt.“

Als Kap. 124, 5 a ist ein neuer Titel mit 140 000 Mark zu Vicariateinrichtungen in der evangelischen Kirche eingestellt. Es habe sich, so wird bemerkt, das Bedürfnis herausgestellt, die jungen Theologen nach Abschluss der wissenschaftlichen Vorbildung und vor deren Eintritt in das Pfarramt, soweit möglich, unter der Leitung eines älteren erfahrener Geistlichen in die Praxis einzuführen. Der in Rede stehende Fonds soll dazu dienen, den in diesem Stadium ihres Berufs befindlichen Geistlichen Beihilfen zu den Kosten des Unterhalts zu gewähren.

Die „N. Pr. Itg.“ bemerkt zu diesen Positionen:

„Der Ruf nach größerer Selbständigkeit der Kirche wird damit beantwortet, dass man die Geistlichen noch abhängig in ihrer Lebensstellung macht von dem guten Willen des staatlichen Ministers.“

Legislatorische Arbeiten.

Wie aus der gestrigen Reichstagsrede des Staatssekretärs v. Bötticher hervorgeht, wird gegenwärtig eine Reihe von legislatorischen und Verwaltungsarbeiten vorgenommen, welche sich speziell mit den Verhältnissen unserer Industrie beschäftigen. Zunächst dürfte in naher Zeit die Zahl der Assistenten der Fabrik-Inspectoren in Preußen eine dem Bedürfnis angemessene Vermehrung erfahren, sodann wird der Erlaß von Vorschriften zur Verhütung von Krankheiten in Spiegelbeleganstalten vorbereitet, außerdem wird an einer Novelle zum Krankenkassengesetz gearbeitet, welche vielleicht noch in dieser Session dem Reichstag zugehen dürfte, und schließlich wird der vom Reichstag in voriger Session beschlossene Arbeiterschutzgesetzentwurf auch jetzt noch in den Bundesrathaus-Ausschüssen einer Beratung und Erörterung unterzogen.

Nach der Interpellation Lamarzelle.

Die republikanischen Blätter der gemäßigten Richtung und die monarchistischen Zeitungen bedauern bei Befprechung der Interpellation Lamarzelle, dass die Regierung nicht mehr Energie gegenüber dem Municipalrat von Paris an den Tag gelegt habe. Die radicalen Blätter dagegen finden, dass die vorgestrige Verhandlung das Fortbestehen einer Allianz zwischen den Rechten und den Freiern dargelegt habe. Trotz des erfochtigen Sieges in der Kammer und des erworbenen Vertrauens-Botums hat somit Tirard bald neue Angriffe zu erwarten.

Englisch-türkische Verhandlungen.

Wie der Wiener Correspondent des „Standard“ erfährt, schwanken gegenwärtig Unterhandlungen zwischen der Türkei und England über die eventuelle Ausführung des Vertrages von Euphrat, in welchem England die asiatischen Besitzungen des Sultans garantire. Diese Garantie war niemals klar definiert. Die türkische Regierung, welche einen russischen Einfall in Klein-Asien befürchtet, sendet bereits beträchtliche Verstärkungen nach den dortigen Grenzprovinzen und ist sehr begierig, genau zu erfahren, was England unter der Garantie verstehe, welche es gegen die Abtretung von Euphrat versprach. Diese Pourparlers haben vor einigen Wochen begonnen und dauern noch fort.

Eine Rede Parnells.

Auf seiner am vergangenen Sonnabend erfolgten Rückreise von Irland nach London äußerte sich Parnell gegenüber einem Berichterstatter des „Freeman's Journal“ ausführlich über die Situation, welche die irische Partei in der kommenden Parlamentsession der Regierung gegenüber einzunehmen gedacht. Wir heben aus der langen Unterredung die folgenden Hauptpunkte hervor: Parnell meint, dass es nicht die irische Frage, sondern englische Gesetzesvorlagen sein werden, welche große Zwistigkeiten im Cabinet in der nächsten Zeit hervorrufen werden. Es sei daher jeden Augenblick eine Ministerkrise zu erwarten. Die irische wie radikale Partei würden somit gutthaben, so viel als möglich die Erledigung der Geschäfte zu erleichtern, damit niemand den alten Vorwurf der Obstruction erheben und sagen könnte, die beiden Fraktionen suchten Gesetzgebung für Großbritannien zu verhindern. Nichts würde verhängnisvoller für die Sache sein, als wenn die Regierung in die Lage gebracht würde, behaupten zu

dürfen, dass sie wegen Obstruktionen keine Zeit habe finden können, den englischen Interessen gerecht zu werden. Die englischen Gesetzes-Vorlagen würden den Reim des Sturzes der Regierung bilden. Des weiteren beharrte Parnell dabei, dass Lord Galisburg trotz aller seiner Ablehnungen im Jahre 1885 Homer-Tendenzen gehabt habe. Das sei der Grund, weshalb er Lord Carnarvon, einen aufgeklärten Homeruler, zum Vicekönig von Irland gemacht habe und bereitwillig der Unterredung Parnell's mit Earl Carnarvon zugestimmt habe. In einer in Newport im Herbst 1885 gehaltenen Rede habe Lord Galisburg denn auch den österreichisch-ungarischen Ausgleich als passendes Vorbild zur Regelung der irischen Frage erwähnt. Die Pachtredaction angehend, meinte Parnell natürlich, dass des Guten noch immer nicht genug gethan sei. Balfours Verwaltung in Irland charakterisierte der irische Führer, wie zu erwarten war, als Muster der Gemeinheit. Man verfolge völlig abhängige Personen, weil man die unabhängigen nicht so gut bekommen könne. Zum Schluss sprach Parnell seine Ansicht dahin aus, dass die nationalistische Partei bei den nächsten Parlamentswahlen ohne Zweifel drei weitere Sitze, nämlich in Nord- und Süd-Tyrone und in Süd-Derry, gewinnen würde, so dass dann die Gesamtzahl der irischen Homeruler 89 betrüge. Im übrigen stehen die Dinge in Irland wie bisher. In den letzten Tagen sind abermals eine Reihe von Gemüthsfitz seitens der berüchtigten „Mondscheinler“ vorgekommen.

Reichstag.

15. Sitzung am 17. Januar.

Zweite Berathung des Etats. Marinestat.

Abg. Rickert: Bei der ersten Berathung des Etats habe ich einer Auflösung von Seiten des Bundesrats gegenüber Wahrung dagegen eingelegt, dass die Denkschrift zum vorjährigen Marinestat die Bedeutung haben könnte, als ob der Reichstag mit der Annahme jenes Etats auch moralisch die Verpflichtung übernommen habe, für die nächsten fünf Jahre jährlich eine gleiche Summe für Marinabauten zu bewilligen. Daß diese Annahme unzulässig ist, hat auch die Budgetcommission anerkannt, und der Chef der Admiraltät hat ebenfalls jener Denkschrift die Bedeutung nicht beigelegt, als ob der Reichstag nun verpflichtet sei, in den nächsten fünf Jahren jährlich 8 Mill. für Schiffersatz- und Neubauten zu bewilligen. Ich gehe also auf diese Frage nicht weiter ein und will nur einige allgemeine Gesichtspunkte erörtern, welche in der Presse sehr viel Staub ausgeworfen haben. Ich glaube, es ist gut, wenn der Reichstag und der Chef der Admiraltät zu diesen Dingen Stellung nehmen. Die Steigerung in den Ausgaben der Marine ist eine ganz ungewöhnliche und wir haben alle Ursache vorsichtig zu Werke zu gehen. Das Ordinarium der Marine betrug 1872 15 Mill., 1882/83 22½ Mill., 1886/87 37 und in diesem Etat, wenn man die 3 Mill. für Erstbauten, welche aus dem Ordinarium in das Extraordinarium gestellt sind, hinzurechnet, 38½ Mill. Das Militärpersonal und die Indienststellung sind die Titel, die sehr schnell gestiegen sind, der letztere von 2½ auf 5, der erstere von 4 auf 8 Mill. Mk. Diesen Unterschieden gegenüber, gegen die wir ja nicht angekämpft haben, wäre es nun vollständig unverantwortlich, die Verwaltung, die technisch das größte Interesse hat, ein vollkommenes Kriegs- und Friedensinstrument zu haben, zu Ausgaben zu drängen, die sie gar nicht verlangt. Nachdem der Finanzminister uns im preußischen Abgeordnetenhaus gestern die angenehme Aussicht eröffnet hat, dass der gegenwärtige Zustand bleibt, monach die Einzelstaaten das, was wir an Brannweinsteuer bewilligt haben, für sich behalten und jedes neue Bedürfnis des Reichs durch neue Steuern im Reich befriedigt werden soll, müssen wir uns so vorsichtiger zu Werke gehen. Was verlangt man in einzelnen Artikeln der Presse, die ich nicht erwähnen würde, wenn man ihnen nicht offiziell Ursprung zuschreibe. Die Zeitungen werden jetzt ja auch dazu benutzt, um Censuren für einzelne Minister auszufallen, und bekanntlich wurde schon der früheren Marineweiterung, dahinter irgend eine wichtige Sache stecke. Die Ausführungen zeugen aber von solcher Oberflächlichkeit und Unkenntniß, dass ich mir nicht denken kann, dass irgend etwas Wichtigeres dahinter steht. In jenem Artikel wird nur der Bau von Schlachtschiffen verlangt; die jetzige Marineweiterung steht weit hinter der früheren zurück; selbst Stosch habe bei einem halb so großen Etat in Bezug auf Schlachtschiffe bedeutend mehr geleistet; mit den jüngsten Mitteln sei noch der Bau von großen Panzerschiffen zu bewerkstelligen. Der Verfasser des Artikels hat allerdings das Geheimnis nicht verraten, wie er das machen will. Was mich an diesen Ausführungen noch besonders verletzt hat, war die Methode, mit der unsere Marine auch vor den Augen des Auslandes herabgedrückt wird, gegenüber der Marine der anderen Länder, die doch vorläufig sich noch nicht bewährt und nichts geleistet hat. 1870 hat Frankreich mit seiner sehr großen Flotte uns sehr wenig geschadet. Die Denkschriften von 1884 und die des vorjährigen Etats sagen ausdrücklich, dass über den Werth und die Bedeutung des großen Panzerschiffes noch nicht entschieden werden könne; die Leute, die das Publikum mit jenen Forderungen beruhigen, hätten die betreffenden Theile der Denkschrift sich erst näher ansehen sollen, in denen auch ausführlich ist, dass wenn die finanziellen Verhältnisse Mehrausgaben auf diesem Gebiete gestattet, zunächst der Bau gepanzerter Kreuzer notwendig sei. Es ist eine vollkommene Unrichtigkeit, dass der frühere Chef der Admiraltät die großen Panzerschiffe vorgezogen hätte. War es nicht gerade Stosch, der nach dem Unfall mit dem „Großen Kurfürst“ ausdrücklich erklärt hat, dass er den Antrag nicht stelle, die entstandene Lücke auszufüllen, weil die technischen Sozialen im Rollen sei und die Fortschritte täglich so groß sind, dass man nicht wissen könne, ob Deutschland die großen Guinen, die für den Erfolg gemacht werden müssten, aufwenden solle. Also gerade v. Stosch hat das Tempo verlangsamt und mit dem Bau von großen Schlachtschiffen innegehalten. Es liegt kein Grund vor, gegenüber dem jüngsten den früheren Chef der Admiraltät auszu spielen. In dem betreffenden Artikel wird weiter behauptet, dass unsere Marine auf der See wenig leiste und sich zu viel dem Lande zuwende. Der Verfasser hat keine

Ahnung von dem, was unsere Marine auf dem Meere gehabt hat. Wir haben gerade den umgekehrten Vorwurf der Marine gemacht; wie sind der Meinung gewesen — und die Marineverwaltung hat derselben eine gewisse Berechtigung zuerkannt —, daß die Indienststellung mit dem Beginn der Colonialpolitik eine so starke gewesen ist, daß Gefahr vorhanden war, eine Überanstrengung des Personals herbeizuführen und bei ausbrechendem Kriege die Vertheidigung der heimischen Küsten nicht mit voller Kraft gegeben könnte. Alles, was bei unseren finanziellen Verhältnissen geschehen kann, geschieht; eine Marine aber läßt sich nicht so schnell herstellen wie eine Landarmee. Nach dieser Richtung nun wird man nicht sagen können, daß zu wenig geschieht; vielleicht geschieht zu viel darin. Ich habe diese wenigen Bemerkungen machen wollen, um den Beurichtigungen, die in gewissen Kreisen durch jenen Artikel erregt worden sind, soviel in meinen Aräten steht, entgegenzutreten. Beurichtigungen nicht bloß in finanzieller Beziehung, sondern auch in Bezug auf die Wertabschätzung unserer Flotte. Der Reichstag wird wohl haben in seiner großen Majorität der Meinung sein, in diesem Punkte das Programm des Chefs der Admirälmäßt zu unterstützen, daß so lange über den Werth der großen Panzer-Schlachschiffe ein abschließendes Urtheil nicht gefällt worden ist, die deutsche Nation vor kostspieligen und gefährlichen Projekten bewahrt bleiben möge. (Beifall links.)

Chef der Admirälmäßt v. Caprivi ist es nicht unangenehm, daß diese Sache hier zur Sprache kommt. Er lehnt jede Verbindung mit dem angeführten Artikel ab. Der Abg. Rickert legt die Vermuthung nahe, daß eine andere offizielle Stelle den Weg in die „Kölner Zeitung“ eingeschlagen haben könnte. Auch das ist nicht richtig, wie ich mit der vollen Überzeugung aussprechen kann. Ich stehe noch heute auf dem Boden der Denkschrift von 1884. Es ist nichts geschehen, was nicht auf dem Boden dieser Denkschriften steht, welche die Billigung der verbündeten Regierungen gefunden haben. Der Reichskanzler hat auf dem Project zu der Denkschrift, das ich ihm vorlegte, mit Bleistift seine Zustimmung ausgesprochen. Ich glaube also die Erklärung abgeben zu können, daß der Reichskanzler sich mit mir in vollkommenen Übereinstimmung befindet. Die „Kölner Ztg.“ rumjerte ihren wesentlichen Vorwurf gegen mich dahin, daß der Schwerpunkt der Marine zu sehr auf das Land verlegt werde, und zwar in der Hauptsache aus zwei Gründen: der eine ging dahin, daß nicht genug gesfahren werde, zuviel Dienst am Lande, zu wenig auf dem Wasser sei. Einem sicheren Maßstab für den Dienst auf dem Wasser giebt die Höhe der jährlichen Indiensthaltungskosten, deren Verbrauch steigt, je mehr wir fahren. Diese Kosten sind in den letzten 10 Jahren auf das Dierische gestiegen. Ebenso irrig ist die zweite Bemerkung, daß die Matrosen-Artillerie zum Küstenkampf eine Vermehrung ihres Personals erfunden habe. (Nederr. weist das nach.) Es ist endlich in diesem Artikel des Verhältnisses unserer Marine zu Russland, zum Ausland gebürgt worden. Es ist meine innernste Überzeugung, daß die Marine, so wie sie jetzt da ist, leisten wird, was möglich ist, und daß wir keinen Gegner zu fürchten brauchen. (Beifall.) Unter allen Umständen wird die Marine ihre Kräfte einsetzen. Wie das Kriegsglück fallen wird, kann niemand voraussehen; aber daß diese Marine, die Geöffnete und die Mannschaften etwas leisten werden, dafür verbürge ich mich. (Beifall rechts.)

Zur Anlage von Torpedo-Etablissements und zu Torpedo-Einrichtungen auf den Werften zu Kiel, Wilhelmshaven und Danzig werden 1280 836 Mk. als zweite Rente verlangt.

Abg. Rickert wünscht von dem Chef der Admirälmäßt eine Erklärung darüber, ob die Errichtung von Torpedofabriken beabsichtigt sei. In manchen Kreisen wird befürchtet, daß die Marineverwaltung den Bau von Torpedos selbst in die Hand nehmen wolle. Budgetmäßig könnte man, wenn diese Absicht bestünde, diesen Titel allerdings nicht so fassen, denn es handelt sich um die zweite Rente, und die erste ist nur für die Einrichtungen zur Aufbewahrung von Torpedos, Lagerböden nebst Magazinen etc. bewilligt. Wenn in den jetzigen Erläuterungen zum Etat der Werkstätten die Rente und damit der Bau von Torpedos gemeint sein soll, so müßte dieser Titel anders gefasst werden.

Chef der Admirälmäßt v. Caprivi: Es sind hier zwei Fragen auseinander zu halten. Die eine ist die des Tit. 27, der uns hier vorliegt. Dieser ganze Titel hat es mit keinem Groschen für den Torpedobau und die Torpedoreparatur zu thun. Die andere Frage ist die, ob die Admirälmäßt gewillt ist, selbst Torpedos zu bauen. Die Admirälmäßt ist gewillt, sich im Torpedobau unabhängig von den Privatsfabriken zu machen. Sie ist nicht gewillt, mit diesen Privatsfabriken zu brechen; sie hat einen Interesse daran, sie zu erhalten; sie will sich aber nicht abhängig machen, sie will sich bewegen und hat sich bereits bewegt. Es spielt in diesem Etat gar keine Rolle mehr, unabhängig von den Privatsfabriken Torpedos in geringem Umfang herzustellen.

Abg. Rickert: Nach dieser Erklärung verschwindet für mich jedes Interesse, diese Sache weiter zu verfolgen. Die für ein Marinazareth in Lehe geforderten 365 000 Mk. beantragt die Commission einstimmig für dieses Jahr abzulehnen, da das Project zu groß gefaßt sei. Abg. Gebhard (n-lb.) beantragt 220 000 Mk. zu bewilligen. Nach längerer Debatte wird die Position mit diesem Antrag an die Commission juridisch verwiesen. Etat des Reichsamts des Innern.

Bei Kap. 7a (allgemeine Fonds) konstatirt Abg. Baumhauß (freit.) zunächst, daß die Zahl der Fabrikinspectoren vermehrt worden ist, namentlich auch, daß die Zahl der Assistenten sich vermehrt hat. Der vom Reichstage geäußerte Wunsch ist also berücksichtigt worden. Bezuglich den Form der Berichte dieser Beamten wünscht Redner, daß neben dem Generalbericht die Berichte in ihrem ganzen Umfang vorgelegt werden möchten. Der Bundesrat möchte dann ferner den Punkten seine Aufmerksamkeit zuwenden, welche die Fabrikinspectoren anregen. Der Reichstag hat den Wunsch ausgesprochen, daß der Bundesrat Unfallverhütungsvorschriften erlassen solle. Man hat uns bisher immer vertröstet auf die Berufsgenossenschaften. Aber es ist auf diesem Gebiet noch nicht viel geschehen. Die Fabrikinspectoren müssen erst noch in organische Verbindung mit den Beauftragten der Berufsgenossenschaften gebracht werden. Aber mit der Unfallverhütung allein ist es nicht abgethan. Es handelt sich auch um die Krankheitsverhütungen. Was man bezüglich der Jüngholzfabrication gethan sollte, man auch bezüglich anderer gesundheitsgefährlicher Betriebe thun. Eine Tätigkeit auf diesem Gebiete würde auch für die Krankenversicherung von Bedeutung sein. Ich möchte, daß die vorbereitete Revision des Krankenkassengesetzes baldigst erfolge. Aber ich möchte davor warnen, dabei einen Feldzug gegen die freien Hilfskassen zu unternehmen. Die Arbeiter legen auf diese Kassen gerade einen großen Werth. Redner wendet sich dann noch der Frage der gewerblichen Schiedsgerichte zu, denen er weitere Verbreitung wünscht. Diese Schiedsgerichte sollten sich auch als Einigungsämter gestalten, sie könnten dabei segensreich wirken. Ob in der Frage des Arbeitsschutzes noch in dieser Saison etwas geschehen kann, weiß ich nicht. Ich möchte aber constatiren, daß z. B. in der Frage des Ausschlusses der Kinderarbeit aus den Fabriken das ganz Haus einig war. Aus den Berichten der Fabrikinspectoren ergibt sich, daß die Kinderarbeit sich vermehrt hat, namentlich im Bezirk des Königreichs Sachsen. Auch bezüglich der Frauenarbeit wird der Bundesrat nicht umhin können, Stellung zu nehmen, zumal ja ausdrückliche Beschlüsse des Reichstages vorliegen.

Staatssekretär v. Bötticher: Auch die preußische Regierung geht mit einer Vermehrung der Assistenten um. Was die Berichte der Fabrikinspectoren angeht, so liegen die Sachen in Österreich anders: Der dortige Generalbericht wird von einem Beamten erstattet, welcher die Oberaufsicht über die Fabrikinspectoren führt. Eine solche Instanz fehlt bei uns. Wir können nur eine Quintessenz der Berichte geben. Es mag eine Reihe von Leuten geben, welche die Specialberichte

einschauen wollen. Behandeln Sie die Berichte als Drucksache des Reichstags und lassen Sie sie an alle Mitglieder verteilen! Sie werden nicht mehr Liebhaber finden, als bisher. Der Bundesrat ist nicht unihätig gewesen in Bezug auf die Abhilfe der Missstände, welche sich aus den Berichten der Fabrik-Inspectoren ergeben haben. Erst kürzlich ist eine Commission von Sachverständigen zusammengetreten, um über die gesundheitlichen Verhältnisse in den Cigarrenfabriken zu berathen; auch die Bleiweißfabriken und die Spiegelbeleganstalten sollen einer Prüfung unterworfen werden. Bezuglich der Revision des Krankenkassengesetzes hat der Vorredner den Wunsch ausgedrückt, daß gegen die Hilfskassen nicht zu streng vorgegangen werden möge. Das Krankenkassengesetz hat sich im allgemeinen bewährt. Die Arbeiter haben sich mit diesem Zweige der sozial-politischen Gesetzgebung am meisten befriedet. Daß trotzdem verschiedene Mängel vorhanden sind, ist selbstverständlich. Wir sind damit beschäftigt, eine Novelle aufzustellen; ob es möglich sein wird, sie noch jetzt zur Verhandlung zu bringen, dafür kann ich keine Garantie übernehmen. Vom social-politischen Standpunkte des Gesetzgebers kann es uns ganz gleichgültig sein, wer die Fürsorge für die erkrankten Arbeiter leistet, wenn nur die Fürsorge überhaupt geleistet wird. Deshalb haben wir gar keine Veranlassung, den freien Hilfskassen zu Leibe zu gehen, aber Licht und Schatten muß bei den freien Hilfskassen und den Ortskrankenhäusern gleich verteilt werden, es darf nicht ein Zustand eintreten, bei dem eine Kategorie der Kassen gegenüber der anderen außerordentlich begünstigt wird und ein großer Theil der Lasten wesentlich auf die Schultern der Ortskrankenhäuser gelegt wird. Es ist bekannt, daß der Reichstag bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung einen Beschluss gefaßt hat; der Bundesrat hat sich damit noch nicht befaßt. Wann der Gegenstand erledigt werden wird, weiß ich nicht. So wie der Gesetzentwurf aus dem Beschlusse des Reichstages hervorging, konnte er nicht genehmigt werden. Sie haben eine dankenswerte Anregung gegeben, und die Sache wird nicht unter den Tisch fallen. Die gewölblichen Schiedsgerichte allgemein durch die Reichsgesetzgebung einzuführen, liegt ein Bedürfnis nicht vor. Bereits in drei industriellen Kreisen sind auf Grund freier Vereinbarung von Arbeitern und Arbeitgebern derartige Schiedsgerichte, die zugleich als Einigungsämter funktionieren, organisiert worden. Die Sache ist also im Fortschreiten begriffen.

Abg. Lügens (Centr.) glaubt ebenfalls, daß es notwendig sei, die Originalberichte der Fabrikinspectoren zu veröffentlichen; er habe aus dem Studium derselben entnommen, daß dieselben manche beachtenswerte Dinge enthalten, von denen der Generalbericht garnicht sage.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 17. Jan. Auf dem internationalen astronomischen Congress zu Paris im April 1887 ist die Auferstiegung einer allgemeinen Himmelskarte in Aussicht genommen, zu welchem Zweck von verschiedenen Sternwarten der Erde photographische Himmelsaufnahmen herzustellen sind. Von den preußischen Sternwarten soll das astro-physikalische Observatorium an dem großen Werke beteiligt werden. Zur Ausführung der betreffenden, einen Zeitraum von etwa 12 Jahren umfassenden Arbeiten bedarf das Institut besonderer Instrumente, so namentlich eines großen photographischen Fernrohres und der Herstellung eines Beobachtungsraumes mit Drehkuppel etc. Die Kosten für die baulichen Herstellungen und für die Beschaffung der Instrumente werden nach dem superrevidirten Anschlag 53 000 Mk. befragt und es ist diese Summe als Neuforderung in den Etat pro 1888/89 eingestellt.

* [Über den Kronprinzen] wird der „Magd. Ztg.“ aus San Remo vom 17. Januar gemeldet: Leichte katarrhalische Erscheinungen werden den Kronprinzen zum Etat der Werkstätten die Aktionen bei der gegenwärtigen rauen Witterung wohl noch einige Tage ans Zimmer fesseln.

* [Die Meißtbesterten.] Unter den Meißtbesterten der Armee steht der Kronprinz mit 74 Orden oben; es folgen dann: General Graf Bücker, der ehemalige Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers, mit 51; Fürst Bismarck mit 49 (darunter 14 in Brillanten), Generalleutnant Graf Perponcher, der jetzige Ober-Hof- und Hausmarschall, mit 47, Graf Moltke mit 44, General v. Albedyll mit 43, Graf zu Eulenburg, Ober-Ceremonienmeister des Kaisers, mit 42, Graf Lehndorff mit 40, Prinz Albrecht mit 37, Prinz Wilhelm, Fürst Anton Radziwill und Graf Blumenthal mit je 36, Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, General v. Treskow und Major v. Meper mit je 32, Generalstabsarzt Dr. v. Lauer mit 31, General v. Samek, der frühere Kriegsminister, mit 30, Prinz Heinrich mit 27 und Graf Herbert Bismarck mit 26 Orden.

* [Graf Géchenyi.] Die Nachricht, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Géchenyi, krankheitshalber zu demissionieren beabsichtige, wird als unzutreffend bezeichnet. Graf Géchenyi befindet sich durchaus wohl; es scheint eine Verwechslung mit dem ungarischen Handelsminister Grafen Géchenyi vorzuliegen.

* [Pfarrer Thümml] und Buchhändler Wiemann legen laut „Söhl. Ztg.“ gegen das am 13. d. Mts. ergangene Urtheil der Nasseler Strafammer Revision ein.

* [Über das Verhältnis der adeligen zu den bürgerlichen Offizieren] in der preußischen Armee findet man in der neuesten Rang- und Quartierliste folgende interessante Angaben: Unter den Generälen der Infanterie und Cavallerie befindet sich kein Bürgerlicher; von den Generalleutnants sind 5 (5,7 Proc.), von den Generalmajors 23 (19,5 Proc.) bürgerlich; 1887 waren 17,9, 1886 15,2 Proc. der Generalmajors nicht adelig. Unter den Oberstern sind 91 (32,5, 1887 30,0, 1886 28,5 Proc.) bürgerlich, unter den Oberstleutnants 130 (41,3, 1887 44,6, 1886 43,2 Proc.) und unter den Majors 561 (47,1, 1887 44,5, 1886 48,5 Proc.); im ganzen sind also unter den Stabsoffizieren 782 oder 43,8 Proc. (1887 711 oder 42,3 Proc.) bürgerlich. Ganz ohne bürgerlichen Offizier sind zur Zeit das 1. Garde-Regiment z. F., das Garde-Jäger- und das Garde-Schützen-Bataillon, sämtliche Garde-Cavallerie-Regimenter mit Ausnahme des Garde-Husaren-Regiments, das zwei, und des 2. Garde-Dragoner-Regiments, das einen bürgerlichen Offizier zählt; ferner das 1., 2., 4. und 6. Cuirassier-, das 3., 12. und 19. Dragoner-, das 7. Husaren- und das 3. und 13. Ulanen-Regiment.

* [Die Agitationen für höhere Getreidezölle beginnen schon wieder.] Diesmal sind es nicht die ost-elbischen Agrarier, welche den Ruf erheben, derselbe erkönnte vielmehr aus dem agrarischen Flügel des Centrums, und zwar von dem früheren Reichstagsabgeordneten v. Schalscha-Frohnau und einigen politischen Freunden derselben. In einer Generalversammlung des öst-schlesischen Bauernvereins, welche in diesen Tagen in Oppeln stattgefunden hat, hat Herr v. Schalscha, wie schon berichtet, einen Vortrag über die zollpolitischen Verhandlungen des Reichstages gehalten und bei dieser Gelegenheit darüber geklagt, daß der Zoll von 5 Mk. eine Erhöhung

der Getreidepreise bis jetzt noch nicht gebracht habe und wohl auch nicht bringen werde; erst müsse der Unterschied zwischen dem guten deutschen und dem schlechten russischen Getreide beseitigt werden. Um zu erzielen, daß der Roggen mit 14 Mark verkauft werde, müsse ein Zoll von 9 Mk. erhoben werden. Vor der letzten Zoll erhöhung verlangten die extremen Agrarier, und mit ihnen die „Kreuz-Zeitung“, einen Zoll von 8 Mk.; Herr v. Schalscha ist der Appetit seitdem schon wieder etwas gewachsen. In Erwiderung auf eine Anfrage aus der Mitte der Versammlung hat dann Herr v. Schalscha noch ausgeführt, der Grund davon, daß die Zölle bisher nicht genügt hätten, sei der, daß man sich gefürchtet habe, energisch durchzugehen.

Wenn man eine nicht gesetzte Suppe genießbar machen wolle und ein paar Körnchen Salz hinzutue, und dann, wenn die Wirkung gleich Null sei, wieder ein paar Körnchen und noch keinen Erfolg verspreche, so müsse man die Dose so erhöhen, daß man ihn habe. So sei es auch mit dem Zoll.

Der Vergleich hinkt zwar sehr, aber gerade darum erinnert er an die Rebe, welche Herr v. Schalscha s. i. im Reichstage gehalten hat. Ein in der Versammlung des Bauernvereins anwesender Pfarrer unterstützte Herrn v. Schalscha, während der Redakteur eines clericalen Blattes einige Bedenken zur Sprache brachte. Das bäuerliche Element scheint sich nicht an der Debatte beteiligt zu haben.

Breslau, 17. Januar. [Prozeß Halberstadt.] In dem bekannten Prozeß wider den freisinnigen Abgeordneten Halberstadt, der im November von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen wurde, hat die königliche Staatsanwaltschaft Revision eingeleitet.

England.

* [Eine Millionen-Erbshaft Parnells.] Wie der Londoner Correspondent der „Irish Times“ erfährt, hat der californische Millionär Buckle Parnell angeboten, ihn als Erben seines großen Vermögens einzuführen. Parnell lehnte jedoch das Anerbieten ab. Daraufhin forderte Buckle Parnell einen irgend einen seiner irischen parlamentarischen Collegen zu nennen, dem das Erbe zugewandt werden sollte. Buckle ist ein Irish-Americaner und alter Junggeselle, der sein Vermögen in Silberminen erworben und sich bisher niemals um Politik gekümmert hat.

Belgien.

Brüssel, 15. Januar. In einer wie ungemein Weise in Belgien die Klöster zunehmen, mögen nachstehende amtliche statistische Angaben zeigen. Die Zahl der Klöster betrug 1846 770, 1856 993, 1866 1322, 1880 1559. Seitdem hat eine Jährling der klösterlichen Niederlassungen nicht mehr stattgefunden. Es ist aber Thatsache, daß sich dieselben namentlich in den letzten Jahren stark vermehrt haben. (Voss. Ztg.)

Brüssel, 17. Januar. Der aus den Arbeiterruhen (Frühjahr 1886) bekannte General von der Smissen tritt heute in den Ruhesand.

Bulgarien.

* [Nachwahlen.] In Bulgarien fanden vorgestern 31 Nachwahlen zur Sobranje statt. Bis auf eine fielen, wie aus Sofia der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, alle zu Gunsten der Regierung aus, und bei der einen begünstigte die Witterung die Regierung. In Lowja nämlich, wo Karamelow candidierte, konnte der großen Räte wegen die Wahl nicht vorgenommen werden. Stambulow hat damit Zeit genommen, für einen gutgestimmten Kandidaten zu wirken.

Rußland.

Petersburg, 16. Jan. Gerüchtweise verlautet, im Narwaschen-Stadttheile wäre ein ganzes Polizeibureau (U schaf tok) vom Pristam (Vorsteher) bis zum jüngsten Gorodowoi als politisch verdächtig aufgehoben; alle wurden arrestiert. Dies steht alles in Verbindung mit der jüngst gemeldeten Arrestirung eines Feldscheers. (B. Ztg.)

Bon der Marine.

* Der Kreuzer „Möve“ (Commandant Corvetten-Capitän Böters) ist am 16. Januar cr. in Capstadt eingetroffen.

Am 19. Jan.: Danzig, 18. Jan. M.-a. bei Tage. G. A. 8.11.4.12. M.-u. 11.17. Wetteraussichten für Donnerstag, 19. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Frostwetter, vorwiegend wolzig und bedeckt mit Schneefällen, strichweise heiter; bei mäßigem bis frischen Winden. An den Küsten strichweise Nebel.

* [Kindermilch-Station.] Wir haben neulich von der Einrichtung einer Kindermilch-Station in Weißhof berichtet. Durch eine Mitteilung des Herrn Rümker-Rokoschken erfahren wir nun, daß dieser auf seinem Gut bereits seit 1877 eine solche Station eingerichtet und mit gutem Erfolge in Betrieb hat. Derselbe hat die von dem ärztlichen Verein in Frankfurt a. M. dort ins Leben gerufene Kindermilch-Station als Muster gesehen und Herr Rümker, dessen intelligente Wirtschaftsführung allgemein bekannt ist, pflegt sie mit besonderer Sorgfalt, wie aus seinen heutigen bezüglichen Ankündigungen hervorgeht.

* [Von der Weißsel.] Plehnendorf, 18. Jan.: Wasserstand am Oberpegel 3,56 Meter, Unterpegel 3,54 Meter. Die Eisbrecherarbeiten nehmen ihren Fortgang. Die Dampfer arbeiten jetzt bei Bohnfack.

Von der Kuhler-Fähre, 17. Januar, wird uns gemeldet: Sämtliche Posten fahren von heute Mittag ab über die Eisdecke, andere Fahrwerke mit Ladung bis zu 32 Ctr. Wasserstand heute 0,88 Meter, gestern 0,85 Meter, fällt wieder.

* [Postbeförderungen nach Afrika.] Von jetzt ab können Postpäckchen ohne Werthangabe im Gewicht bis 3 Kilogr. nach Bathurst (Gambia), Sierra Leone und Lagos verladen. Über die Tagen und Verbindungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

* [Ortsverein.] Der in vergangener Woche ins Leben getretene neue Ortsverein der Schiffszimmermannschaften aus dem Riesengebirge ist nun seinen Vorstand gebildet, zu welchem die Herren Vägler als Vorsitzender, Petter als stellvertretender Vorsitzender, Laade als Kassier und Schriftführer, Mieker als Revisor erwählt sind. Das Statut des früheren Vereins ist auch von dem neuen angenommen worden.

* [Westpreußischer Fischerei-Verein.] Donnerstag, den 19. d. M. Abends 8 Uhr, wird Dr. Dr. Geligo im Gaale des Gewerbehauses hier selbst einen Vortrag über Hebung der Fischerei halten. Der Vorstand des Westpreußischen Fischerei-Vereins ersucht uns, die Mitglieder dieses Vereins auf denselben aufmerksam zu machen.

* [Unfall.] Der Matrose Carl B. vom Dampfer „Terse“ verunglückte heute Morgen an der Pechnedorfer Fähre beim Transport einer Kiste, welche auf den Laufplanken ins Schwanken geriet. Er verlor hierbei das Gleichtgewicht, stürzte hinunter, schlug mit dem Gesicht auf das Eis und zog sich dabei eine Quetschwunde an der Stirn zu. Nachdem ihm seine Kameraden einen Notverband angelegt, wurde er per

Wagen nach dem Stadtlaizeth in der Sandgrube gebracht, wo selbst er in Behandlung genommen wurde.

wegen Körperverletzung, 2 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Bäcker, 1 Schlosser wegen groben Unfugs, 4 Obdachlose, 5 Bettler, 4 Dirnen. — Gestohlen: 1 Umschlagetui, 2 Schürzen, eine Kaffeemühle, 1 Sack Kohlen, 5 Pfund Rindfleisch, 30 Pfund Schweinefleisch, eine Holzkiste. — Gefunden: 1 Post-Cinischerungseinheit, 1 lateinisches Liederbuch, in dem Briefkasten des Posthauses 1 Portemonnaie mit Inhalt; abzuholen von der Polizei-Direktion.

Marienburg, 17. Januar. Dem hiesigen Amtsgericht soll, wie verlautet, an Stelle des nach Bonn verschen Amtsrichters Spahn der Landgerichtsrath Schwaneke aus Lautenburg überwiesen sein.

S Grauden, 17. Januar. Auf der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung stand zunächst die Einführung und Verpflichtung der neu neu wiedergewählten Stadtverordneten. Herr Oberbürgermeister Pohlmann hob in seiner Ansprache mit Genugtuung hervor, daß die Stadtverordneten von jeher das volle Vertrauen der Bürger sich zu eignen gemacht haben; der beste Beweis hierfür sei die so oft vorkommende Wiederwahl derselben Stadtverordneten. Auch dieses Jahr bietet eine reiche Thätigkeit. So sollen in nächster Zeit die Umwandlung der Mittelschule in eine höhere Bürgerschule, der Ankauf des Seminargrundstücks etc. Erledigung finden. Eine rege Debatte entstand über die Frage, ob es gerecht sei, das hiesige Schulreleminar an zu kaufen und zum Rathaus umzogestalten. Man hofft, das Gebäude für den Preis von 50.000 Mk. zu ersteilen, obgleich die Forderung des Provinzial-Schulcollegiums mehr beträgt. Es wurde eifrig für und gegen diesen Plan gesprochen. Endlich einigte man sich dahin, die Räumlichkeiten des Seminars zu besichtigen und in der nächsten Sitzung der Sache näherzutreten. Schließlich wurde die Notwendigkeit der Pfasterung mehrerer Straßen beprochen. Mit der Anfuhr schwedischer Kopfspeise soll noch in diesem Winter begonnen werden. — In Folge der neuerdings eingetretenen niederen Temperatur hat das Weidetiere seine Festigkeit wieder erlangt. Der Verkehr findet wieder über Bretter statt.

* Kulm, 17. Januar. Dem in Erfinn vorläufigen Lehrer Romanow im hiesigen Kreise war als Wärter der Arbeiter Klossowski bestellt worden. Als R. und A. sich allein in der Stube befanden, zog der Irrenfänger plötzlich einen Revolver aus der Tasche und schoss denselben auf seinen Wärter ab. R. erhielt einen Schuß in den Leib, an welchem er schon am nächsten Tage verstarb. Er hinterließ eine Familie in sehr dürftrigen Verhältnissen. Der Seifleskranke ist nun in die Irrenanstalt zu Schwedt geschafft worden.

Könitz, 17. Januar. Bei den heute stattgefundenen Kreistagswahlen der Stadt sind die Herren Fabrikbesitzer Hindenburg, Kämmerer Berkhahn und Stabsarzt a. D. Dr. Joseph gewählt worden.

§ Königsberg, 17. Januar. Der von dem Landes-Director unserer Provinz dem Provinzial-Ausschuss vorgelegte Entwurf des Provinzial-Haushaltsetats pro 1888/89 sieht in Einnahme und Ausgabe auf 3.884.000 Mk. (gegen 3.696.000 Mk. pro 1887/88) ab. Die Provinzialabgaben sind in demselben auf 648.000 Mk. oder 2,95 Proc. der direkten Staatsteuer (gegen 420.000 Mk. bzw. 6 Proc. im Vorjahr) angehoben. Auf eine Heraushebung dieses Procentfaches für die Folge ist nach Lage der Verhältnisse leider nicht zu rechnen, vielmehr steht schon für das nächste Jahr eine weitere Steigerung derselben in sicherer Aussicht. Die Provinz Ostpreußen wird demnach künftig diejenige der preußischen Provinzen sein, welche die höchsten Provinzialabgaben erhebt. Die Erhöhung der Abgaben in dem vorliegenden Etat ist in der Hauptsache durch die Steigerung der Chaussee-Unterhaltungskosten (von 1.190.000 auf 1.390.000 Mk.) notwendig geworden. Die Verwaltung ist daher in die Erörterung der Frage eingetreten, ob es in finanzieller Hinsicht nicht für die Provinz vortheilhaft wäre, die Unterhaltung der Provinzialchausseen, welche gegenwärtig zumeist von den Kreisverwaltungen geführt wird, wieder selbst in die Hand zu nehmen. Es ist berechnet worden, daß allein diejenigen 22 Kreise, welche gegen Zahlung eines jährlichen Pauschalquartums verwalten, in den 8 Jahren, welche das betreffende Contracts-Verhältnis besteht, im Durchschnitt einen Gewinn von 100.000 Mark pro Jahr erzielen haben. Der Provinzial-Ausschuss, welcher am 30. d. M. zu einer Sitzung zusammentritt, wird sich auch mit dieser Frage beschäftigen. Die Einberufung des Provinziallandtages dürfte Anfang März zu erwarten sein. — Von dem Oberpräfekturherrn dieser Provinz sind der ostpreußischen Gewerbe-Kammer nachstehende drei Fragen, mit welchen auch schon die Gewerbehauptmänner anderer Provinzen beauftragt sind, zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt: 1. Welche Bedeutung hat der Flachsbaum gegenwärtig in der hiesigen Provinz? Empfiehlt es sich, darauf hinzuwirken, daß derselbe eine größere Ausdehnung gewinne, und welche Mittel wären dazu in Vorschlag zu bringen? 2. Ist es nach den Verhältnissen der hiesigen Provinz gerechtfertigt oder wünschenswerth, gewerbliche Stabilisements, durch deren Betrieb Chausseen und Wege vorzugsweise abgenutzt werden, dementsprechend stärker zu den Communalen, insbesondere zu den Wegebauaufgaben heranzuziehen? Welche gewerblichen Stabilisements würden hierbei vorzugsweise in Betracht kommen und nach welchem Maßstabe würde diese stärkere Heranziehung event zu bewirken sein? 3. Ist nach dem Stande der Handels- und Verkehrsverhältnisse in der hiesigen Provinz ein Bedürfnis für die fernere Erlaßung ausländischer Drahtbinden zum Kauf mit leichtem Eisenblech- und Drahtmaaren und zur Reparatur von solchen? Die Gewerbehauptmänner wird voraussichtlich im März eine Sitzung halten. — Unser Landesdirector Herr v. Gramatik ist erfreulicher Weise von seiner schweren Krankheit sowohl wieder hergestellt, daß er voraussichtlich in einigen Wochen im Stande sein wird, seine Amtesgeschäfte wieder zu übernehmen.

Kastenburg, 15. Januar. Das vorzeitige Schließen der Oefenlappe hat abermals einen recht betrübenden Unglücksfall herbeigeführt. Die Tochter des Gaffelsohlers Fr. aus Rothenthal, ein 19jähriges blühendes Mädchen, befand sich bei ihrer Schwester in Allenstein zum Besuch. Eines Morgens erschien sie nicht zum Kaffee, man konnte sich ihr Ausbleiben nicht erklären und suchte das Mädchen in ihrem Schlafzimmer auf. Da das Zimmer verschlossen war, erbrach man die Thür und fand das unglückliche Mädchen, welches in Folge von Kohlendunst erstickt war. (A. A. 3.)

■ Bromberg, 17. Januar. In der letzten Vorstandssitzung der Ostdeutschen Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft wurde u. a. auch die Frage erörtert, ob die Einrichtung von Schiffsschulen, wie solche der Magdeburger Schifferverein in Aken und Tangermünde gegründet hat, sich nicht auch innerhalb des Vereins der Ostdeutschen Binnenschiffahrts-Genossenschaft empfehle. Die Zweckmäßigkeit solcher Schulen wurde allseitig anerkannt und beschlossen, in einer Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe diesbezüglich vorstellig zu werden. Das betreffende Gesuch ist inzwischen abgegangen, eine Antwort aber noch nicht erfolgt. Wie wir hören, beabsichtigt man derartige Schulen in Breslau, Frankfurt a. O. und hierorts einzurichten. — In der Anklagesache wider den Eisenbahnecretär Seiler stand gestern der Hauptverhandlungstermin an. Zur Verhandlung kam es aber nicht, da der inhaftierte Angeklagte, als er zum Termin abgeholt werden sollte, in der Zelle tot gefunden wurde. Er hatte sich erhängt.

Literarisches.

* „Handbuch der städtischen Verfassung und Verwaltung in Preußen“, für den praktischen Gebrauch bearbeitet von H. Steffenhagen, Band I: „Die Verfassung der Städte“ ist soeben in dem staatsrechtlichen Verlage von J. S. Seine in Berlin erschienen. Eine solche Zusammenstellung und systematische Behandlung des getrennten für die Organisation und die Verwaltung der preußischen Städte maßgebenden Rechts bildete längst ein dringendes Bedürfnis aller, in der städtischen Verwaltung thätigen Elemente. Besonders den Laien wird die klare und leicht verständliche Ausführung der einzelnen Lehren des städtischen Rechts äußerst willkommen sein.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, 17. Januar. Die Post von dem am 9. Dezember 1887 von Ehden abgegangenen Reichs-Poßdampfer „Hohenzollern“ ist in Brindisi eingetroffen und wird in Berlin voraussichtlich am 19. früh zur Ausgabe gelangen.

* [Aus Sammelwuth zum Diebe geworden.] Aus Breslau wird der „Frei. Sta.“ vom 17. d. gemeldet: Ein Fall, der in weiten Kreisen ein gewisses Aufsehen erregt, gelangte heute vor der ersten Strafkammer des Landgerichts zu Breslau zur Verhandlung. Der Privatdozent an der hiesigen Universität Dr. med. et phil. Joseph, ein Mann, der im Dienste für die lebende Menschheit ergraut ist und sich in allen Schichten der Bevölkerung der größten Werthschätzung und Liebe erfreut, wird unter der Anklage des Diebstahls aus der Unternehmungshaft auf die Anklagebank geführt. — Der 60jährige Arzt war ein leidenschaftlicher Briefmarkensammler und ließ sich durch seine Sammelwuth dazu verleiten, Ende Mai 1885 aus einer zum Verkauf gestellten Briefmarkenfamilie des Breslauer Möbelhändlers Wiedner mehrere wertvolle Marken zu entwenden. Als der Diebstahl entdeckt wurde, ver sprach Dr. Joseph den Gesetzen der Marken, gab aber nicht die echten Marken wieder, sondern nach der Behauptung Wiedners Fälschungen. Als auch dies herauskam, erklärte Dr. Joseph sich zur Zahlung von 140 Mk. bereit, wenn damit die Gache tot gemacht werden könnte. Diese und noch andere Momente veranlaßten schließlich, daß gegen Dr. Joseph wegen Diebstahls Anklage erhoben wurde. Letzterer hatte sich in Folge dessen bereits im Monat Mai 1887 vor der erwähnten Strafkammer zu verantworten. Auf Antrag des Verteidigers wurde die Verhandlung jedoch vertagt und beschlossen, zunächst den geistigen Zustand des Angeklagten beobachten zu lassen. Die Kerze in der Irrenanstalt zu Leubus in Schlesien haben den Dr. Joseph aber für geistig gesund erklärt. Zwischen solen noch mehrere Denunciations wegen ähnlicher Straftaten gegen Dr. Joseph bei der Breslauer Staatsanwaltschaft eingegangen sein.

* In Paris ist der geachtete Klavierkomponist Stephen Heller gestorben; derselbe war 1814 in Pest geboren, seine musikalische Ausbildung empfing er dort und in Wien. Mit 13 Jahren gab er bereits öffentliche Concerte. 1828 unternahm er eine Kunstreise durch Ungarn, Polen und Deutschland. Nachdem er in Augsburg sich niedergelassen, widmete er sich mit Eifer der Composition. Robert Schumann regte ihn künstlerisch und persönlich an, spendete ihm in seiner „Neuen Zeitschrift“ auch manches wertvolle Lob. Von 1838 ab lebte Heller in Paris, wo er sich fernher mit Composition, zugleich mit Musikhintericht beschäftigte. Seine Opuszahl beläuft sich auf mehr als 140 Nummern; darunter befinden sich die bekannten Stücke, ein Concert, eine Reihe von Sonaten, Charakterstückchen, Transcriptions. Alle seine Werke zeichnen sich durch klaviermäßigen Gatz, liebenswürdige, warme Empfindung und Abel der Erfindung aus. Insbesondere auf dem Gebiet praktischer Klavierpädagogik wird er noch lange einen ehrenvollen Platz behaupten.

London, 14. Januar. Es scheint endlich, als ob man dem Mörder des vor kurzem verstorbenen und in Boulogne als Leiche aufgefundenen Journalisten McNeill auf der Spur sei. Ein Mann namens Bermersch, der auf den Verdacht des Mordes hin verhaftet worden war, bisher aber hartnäckig die Behauptung mit McNeill ablegte und vorgab, der englischen Sprache nicht mächtig zu sein, gab gestern zu, daß er an dem Tage, an welchem der Ermordete zum letzten Mal gesehen wurde, mit demselben ein Boulogner Café besucht habe, bestand jedoch darauf, dasselbe gegen 10 Uhr Abends verlassen zu haben und in entgegengesetzter Richtung fortgegangen zu sein, nachdem er beim Verlassen des Cafés sich von McNeill verabschiedet habe. Bermersch wiberriet alle vorher gemachten Aussagen und gab zu, daß er Englisch spreche. Der Verhandlung wird in England mit großer Spannung gefolgt.

Schiffs-Nachrichten.

Stockholm, 15. Jan. Von dem im Eise feststehenden Dampfer „Juana Nancy“ sind vier Mann, welche bei dem Versuch, das Land zu erreichen, drei Tage auf dem Eis hatten zubringen müssen, in Gamla Karleby ins Hospital gebracht. Der Capitän, welcher noch mit zehn Mann an Bord aushielte, aber schon einen großen Theil der letzten Nacht auf dem Treibe zubringen mußte, ist heute auch mit dem Rest der Mannschaft an Land gegangen. Das Schiff, im Eise verpackt, treibt weiter.

C. London, 16. Jan. Auf dem Dampfschiffe „Milan“ aus Hull ereignete sich während der Fahrt durch den Kanal von Bristol eine Dynamiteexplosion, welche zwei Menschenleben kostete. Das Schiff scheiterte bei Portion Port und ging bald darauf unter. 10 Mann der Besatzung wurden mit dem Raketenapparat und 12 mit dem Rettungsboot gelandet.

Für die Sicherheit des Dampfers „Darien“ aus Newcastle, der am 26. v. M. mit einer Kohlenladung von Cardiff nach Leith in See ging, hat man nunmehr alle Hoffnung aufgegeben. Es ist von dem Schiff nichts gesehen oder gehört worden. Dasselbe ist 11 Tage überfällig, und man befürchtet, daß es während des heftigen Sturmes am 28. v. M. in der Bay von Biscaya gescheitert ist. Die Besannung besteht aus 28 Personen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Januar. (Privat-Telegramm.) Die Militär-Commission des Reichstags nahm die ersten drei Paragraphen der Wehrvorlage (Theilung der Landwehr in zwei Aufgebote) einstimmig mit der Maschine an, daß die Verpflichtung zum zweiten Aufgebot nicht nach dem Lebensalter, sondern nach der Länge der Dienstzeit berechnet werde.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 18. Januar.

Weizen, gelb 4% russ. Anl. 80 78.00 77.60 April-Mai . 169.50 170.50 Lombarden 33.70 33.70 Mai-Juni . 172.00 173.00 Franzosen . 85.20 85.40 Roggen 124.20 124.50 Cred.-Action 138.90 139.10 Mai-Juni . 126.20 126.70 Dist.-Comm. 190.60 190.80 Deutsche Bk. 161.90 163.00 Petroleum pr. 200.00 loco . 25.80 25.60 Russ. Roten 160.65 160.55 Russ. Roten 176.00 177.50 Russ. Roten 175.90 175.90 Russ. Roten 175.90 175.90 Russ. Roten 100.10 100.30 Russ. B. g. a. 56.50 Russ. Roten 100.80 101.00 Russ. B. g. a. 56.50 Russ. Roten 107.00 107.00 Russ. B. g. a. 56.50 Russ. Roten 134.10 134.00 Russ. Roten 118.50 118.50 Russ. Roten 112.25 113.25 Russ. Roten 107.30 107.00 Russ. Roten 99.00 99.00 Russ. Roten 51.50 51.20 Russ. Roten 77.00 77.60 Russ. Roten 69.25 69.75 Russ. Roten 53.20 53.00 Russ. Roten 91.80 91.55 Danziger Börse: ruhig.

Hamburg, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 164 bis 168. Roggen loco ruhig, medienburgischer loco neuer 124 bis 128, russischer loco ruhig, 90 bis 96. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübbi ruhig, locs 49. Spiritus ruhig, per Januar 23 Br., per April-Mai 23/4 Br. Roggen loco ruhig, Umsatz 1500 Sach. Petroleum behält, Standardwhite loco 8.10 Br., 7.90 Gd., per August-Dezr. 7.50 Gd. — Wetter: Frost.

Hamburg, 17. Januar. Kaffee good average Santos per März 72%, per Mai 71%, per Sept. 67%. Kaffee, 17. Januar. Kaffee good average Santos per Januar 88.75, per April 88.75, per August 85.75, per Dezr. 85.25. Kaffee.

Bremen, 17. Januar. Petroleum. (Schluß-Bericht.) Frankfurt a. M., 17. Januar. Effecten-Societät. (Schluß) Credit-Action 215%, Franzosen 170%, Lombarden 66, Galizier 155%, Kegnster 74, 30, 4% ungar. Goldrente 77, 90, 1880er Russen 78, 10, Gothaerbahnen 113, 10, Disconto-Commandit 187, 80, Laurahütte 89, 80. Fett.

Wien, 17. Januar. (Schluß-Courte.) Österreich. Papierrente 77, 80, do 5% do. 92, 90, do. Gilberrente 80, 10, 4% Goldrente 109, 80, do. ungar. Gold 96, 00, 5% Papierrente 82, 30, 185er Gold 132, 00, 1860er Gold 135, 00, 1864er Gold 164, 50, Creditloft 177, 00, ungar. Brämenloste 119, Creditaction 266, 70, Franzosen 211, 20, Lombarden 83, 00, Galizier 192, 00, Lemb.-Cern. 207, 50, Barbudis 147, 75, Nordwestbahnen 153, 00, Ethelbahnbahn 158, 00, Kronprinz-Rudolf 178, 00, Nordbahnen 2440, 00, Unionbank 185, 50, Anglo-Aust. 98, 00, Wiener Bankverein 62, 30, ungar. Creditaction 269, 50, deutsche Blätter 62, 30, Londoner Wechsel 126, 90, Pariser Wechsel 50, 20, Amsterdamer Wechsel 105, 15, Napoleons 10, 04, Dukaten 5, 97, Marknoten 62, 32/ ruff. Banknoten 1, 09/ Gd., Gilbercoupons 100, 00, Länderbank 203, 00, Transvaal 201, 75, Tabakaction 69, 75, Buchtherabnahmen 215.

Berlin, 17. Januar. Getreidemarkt. Weizen per März 193, per Mai 194. Roggen per Okt. 109—108. Antwerpen, 17. Januar. (Schlußbericht) Weizen bhp., Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste still.

Paris, 17. Januar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per Januar 23, 25, per Februar 23, 30, per März-Juni 24, 00, per Mai-August 24, 30. Roggen ruhig, per Januar 14, 10, per Mai-August 15, 10. Hafer bhp., per Januar 51, 80, per Februar 51, 80, per März-Juni 52, 60, per Mai-August 53, 25. Hubel matt, per Januar 57, 00, per Februar 57, 00, per März-Juni 57, 50, per Mai-August 58, 75. Spiritus behauptet, per Jan. 48, 75, per Februar 47, 75, per März-Juni 47, 75, per Mai-August 48, 75. — Wetter: Ralt.

Paris, 17. Januar. (Schlußcourse.) 3% amortisierbare Rente 84, 65, 3% Rente 81, 10, 4% Anleihe 107, 65, italien. 5% Rente 94, 00, übereinreiche Goldrente 88, 75, 1% ungar. Goldrente 77, 50, Russen 1880 — Franzosen 423, 75, Lomb. Eisenbahnen 180, 00, Lombard. Prioritäten 288, 00, Convert. Türken 14, 10, Krembohne 34, 60, Credit mobilien 302, 00, 5% Spanier 66, 00, Banque ottomane 507, 00, Credit foncier 138, 4% unif. Kegnster 373, 00, Guci-Aktion 207, 00, Banque de Paris 748, 00, Banque d'escrime 451, 00, Wechsel auf London 25, 25/2, Wechsel auf deutsche Blätter (3 Mt.) 123, 00, 5% privil. türk. Obligationen 361, Panama-Aktion 305, 00, Rio Tinto 515, 00.

London, 17. Jan. Consols 102, 11, 4% preuß. Consols 105, 5% italien. Rente 92, 50, Lombarden 7, 5% Russen 1871, 92, 50, 5% Russen 1872, 92, 50, Russen von 1873, 92, 50, Convert. Türken 13, 4%, 4% fundierte Amerikaner 128, 00, Deller, Gilberrente 64, Deller, Gilberrente 87, 4% ungar. Goldrente 76, 50, 5% Spanier 66, 50, 5% privil. Kegnster 99, 00, 4% unif. Kegnster 73, 50, 3% gar. Kegnster 103, 00, Ottoman-Bank 10, 00, Guci-Aktion 207, 00, Canada Pacific 63, Convertirte Mexikaner 32, 50, Bloch-Discont 7, 5%, Wechselpräferenzen: Deutsche Blätter 20, 50, Wien 12, 80, Paris 23, 45, Petersburg 20, 50.

London, 17. Jan. Consols 102, 11, 4% preuß. Consols 105, 5% italien. Rente 92, 50, Lombarden 7, 5% Russen 1871, 92, 50, 5% Russen 1872, 92, 50, Russen von 1873, 92, 50, Convert. Türken 13, 4%, 4% fundierte Amerikaner 128, 00, Deller, Gilberrente 64, Deller, Gilberrente 87, 4% ungar. Goldrente 76, 50, 5% Spanier 66, 50, 5% privil. Kegnster 99, 00, 4% unif. Kegnster 73, 50, 3% gar. Kegnster 103, 0

Berliner Fondsbörse vom 17. Januar.

Die heutige Börse eröffnete in mägischer Haltung und mit teilweise etwas besseren Kursen auf spekulativem Gebiet. Gehr bald schwächte sich aber die Tendenz ab, da einerseits die von den vorliegenden Meldungen durchschnittlich ungünstig lauteten, und andererseits in Folge eines Rückganges der Aktien der deutschen Bank sich ziemlich allgemein machendes Angebot bemerklich machte. Um die Mitte der Börszeit trat aber wieder eine Befestigung der Stimmung hervor, die bis zum Schluss hier einer steigenden Bewegung trat. Die Kapitalsmärkte erwiesen sich fast für heimische solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere stellten sich nach schwachem Beginn fester. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei zumeist behaupteten

Kursen. Der Privatdiscont wurde mit 13½ % bei u. Bd. notirt. Auf internationalem Gebiet wurden österreichische Creditaetien mit einigen Schwankungen und leichtlich in fester Haltung mägisches lebhaft gehandelt. Franzosen und Lombarden wenig verändert, andere österreichische Bahnen schwach, aber als gleichlich fester. Von den fremden Fonds waren russische Anleihen anfangs schwächer, später bestetigt, ungarische Goldrente und Italiener leichter. Deutsche und preußische Staatsfonds und inländische Eisenbahn-Obligationen fast und in normalem Verkehr. Bankaktien anfangs schwach, dann fester. Industriepapiere meist fester und ruhig. Montanwerke wenig verändert. Inländische Eisenbahnactien teilweise fester und lebhafter.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,60
do. do.	3½	100,75
Königlichste Anleihe ..	4	107,00
do. do.	3½	101,10
Staats-Schuldscheine ..	3½	100,20
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	4	103,25
Westpr. Prov.-Oblig.	4	103,25
Landish. Centr.-Pfdbr.	4	101,40
Ostpreuß. Pfandbriefe ..	3½	98,90
Pommersche Pfandbr.	3½	99,40
do. do.	3½	99,40
Posenische neue Pfdbr.	4	102,10
do. do.	3½	98,40
Westpreuß. Pfandbriefe ..	3½	99,00
Dom. Rentenbriefe ..	4	104,30
Posenische do.	3½	104,30
Preußische do.	4	104,30

Ausländische Fonds.

Russ. 3. Orient-Anleihe	5	53,00
do. Etgl. 5. Anleihe	5	54,30
do. do. 6. Anleihe	5	86,00
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	84,80
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	49,20
Braunschweig. Pr.-Anleihe		95,50
Goth. Präm.-Bndbr.		104,90
Italienische Rente ..	5	94,10
Rumänische Anleihe ..	6	104,10
do. fundirte Anl.	6	100,50
do. amort. do.	5	92,70
Türk. Anleihe von 1866	1	13,60
Germanische Gold-Pfdbr.	5	82,60
do. Rente ..	5	1864
do. neue Rente ..	5	78,00
	5	79,75

Hypotheken-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfdbr.	4	-
dt. Grundl. -Pfdbr.	3½	-
Gamb. Hyp.-Pfdbr.	4	101,50
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	102,00
Nord. Grcdr. -Pfdbr.	4	101,75
Dom. Hyp.-Pfdbr.	5	114,30
2. u. 4. Em.	5	109,75
2. Em.	4½	105,90
do.	4	102,40
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	116,00
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	105,70
do. do. do.	4½	111,80
do. do. do.	4	102,90
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	102,00
do. do. do.	4	102,00
do. do. do.	3½	97,60
Steiner Nat.-Hypothe.	5	103,50
do. do. do.	4½	106,30
do. do. do.	4	106,30
do. do. do.	4	102,50
Poln. Landshaf.	5	54,20
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	89,20
Russ. Central- do.	5	73,25

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl. 1867	4	137,00
Bayer. Präm.-Anleihe	4	137,60
Braunschweig. Pr.-Anleihe		95,50
Goth. Präm.-Bndbr.		14,80
Östl. Pomm. 50tr. Loote	3½	104,90
Italienische Rente ..	5	94,10
Hamburg. 50tr. Loote		13,00
Rücker. Präm.-Anleihe	3½	132,25
do. do.	3½	126,50
Türk. Anleihe von 1866	1	109,40
do. do.	5	237,50
do. do.	5	268,75
do. do.	3	130,00
Pr. Bräm.-Anleihe 1855	3½	147,00
Russ. Präm. Anl. 1864	5	96,75
do. do.	5	147,10
do. do.	5	137,00

Schenk-Aktien.

Ung. Lotto vom Staate gar.	Div. 1886.	Bank- und Industrie-Aktionen.
Gallier ..	78,00	5
Gothardbahn ..	116,25	3½
Gronpr. -Rub. -Bahn ..	71,75	4½
Lüttich-Limburg ..	14,80	5
Defferr. -Fran. Et. ..	3½	10
Brem. Bank ..	96,00	2½
do. Nordwestbahn ..	60,60	4
do. Lit. B. ..	67,75	3½
Reichenb.-Purd. B. ..	3½	81
Russ. Staatsbahnen ..	117,00	—
do. Weißb. ..	56,70	9
Golds. Unionb. ..	86,90	2½
do. Reichsb. ..	116,50	8
do. Hypoth. -Bank ..	133,90	5,29
Disconto-Command. ..	102,75	5
Gothaer Gründcr. -Bk. ..	150,80	10
Hamb. Commer. -Bank ..	121,00	6½
Hannover. Vereins -Bank ..	106,00	6
Lübecker Comm. -Bank ..	94,50	—
Magdebs. Privat-Bank ..	113,50	4½
Meining. Hypoth. -Bk. ..	96,30	3½
Norddeutsche Bank ..	147,00	7
do. Credit-Anstalt ..	55,25	8,12
Böhm. Hyp.-Act. -Bank ..	114,10	5½
do. Böhm.-Boden-Credit. ..	108,50	5½
Golds. Bod.-Credit. -Bk. ..	135,50	11½
Golds. Bod.-Credit. -Bk. ..	109,00	5½
Daniger Delmühle ..	118,50	9
do. Prioritäts-Act. ..	113,25	6
do. der Colonie ..	78,50	6
Imperials per 500 Gr. ..	15,00	55
Dollar ..	15,500	60
Englische Banknoten ..	88,10	2½
Französische Banknoten ..	175,25	10
Deutsche Baugesellschaft ..	257,00	11½
do. Omnibusgesellschaft ..	25,00	5
Berlin. Pferdebahn ..	95,50	5

Wechsel-Cours vom 17. Januar.

Amsterdam ..	8 Ts.	2½
do. Mon. ..	2 Mon.	2½
London ..	8 Ts.	3½
do. ..	3 Mon.	3½
Paris ..	8 Ts.	3
Brüssel ..	8 Ts.	3½
Wien ..	8 Ts.	4
do. ..	2 Mon.	4
Petersburg ..	3 Mon.	3
do. ..	3 Mon.	3
Warschau ..	8 Ts.	5

Wilhelmshütte Eisenb.-B. : 90,00 — Oberschle. Eisenb.-B. : 61,50 —

Berg- und Hüttingesellschaften.

Dortm. Union-B. ..	Div. 1886.	Berg- und Hüttingesellschaften.
Rönigs- u. Laurahütte ..	88,90	1½
Stolberg, Jink. ..	32,00	1½
do. St. Pr. ..	106,00	—
Victoria-Hütte ..	—	—

Wechsel-Cours vom 17. Januar.

Amsterdam ..	8 Ts.	2½
do. ..	2 Mon.	2½
London ..	8 Ts.	3½
do. ..	3 Mon.	20,34
Paris ..	8 Ts.	3
Brüssel ..	8 Ts.	3½
Wien ..	8 Ts.	4
do. ..	2 Mon.	4
Petersburg ..	3 Mon.	3
do. ..	3 Mon.	3
Warschau ..	8 Ts.	5

Gorten.

Dukaten ..	—	—
20-Francs-St. ..	—	20,38
20-Trams-St. ..	—	1